

KUNSTWETTBEWERB ÜBERGÄNGE



KUNSTWETTBEWERB ÜBERGANGE

- Zusammenfassung des bisherigen Diskussionsprozesses,
Darstellung des aktuellen Stands der Überlegungen und
Vorschläge für das weitere Vorgehen -

Gutachten im Auftrag der Senatsverwaltung für Bau- und
Wohnungswesen Berlin

vorgelegt von der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst

Arbeitsgruppe:

Hans-Peter Achatzi, Leonie Baumann, Marita Bermes,
Marie-Luise Ehls, Eberhard Elfert, Wolfgang Kil, Romy Köcher,
Gert-Andreas Oberfell, Jürgen Richter, Barbara von Schleyer,
Wolfram Seyfert, Bernd Sinterhauf, Annette Tietenberg,
Frank Wagner, Astrid Wehmeyer,

verantwortlich für Redaktion und Text:
Leonie Baumann

Fotos:
Mathias Thurm

Titelfoto:
Oberbaumbrücke aus westlicher Richtung, Dezember 1992

Für Unterstützung bei der historischen Recherchearbeit danke ich
Hans Joachim Keller und für die hilfreichen Diskussionen zum
Verfahren Karin Nottmeyer. (L.B.)

Berlin, Dezember 1992

Vorbemerkung.....	4
1. Bisheriger Diskussionsprozeß zum Thema Übergänge.....	6
1.1. Überlegungen im Beratungsausschuß Kunst nach Öffnung der innerdeutschen Grenze.....	6
1.2. Personelle Erweiterung des Bera- tungsausschusses - erste konzeptio- nelle Festlegungen.....	7
1.2.1. Probleme einer einheitlichen Sicht- weise.....	8
1.2.2. Zum Arbeitstitel "Übergänge".....	9
1.2.3. Ideenwettbewerb.....	9
1.3. Empfehlung des Beratungsausschusses Kunst	9
1.4. Ergebnisse des Diskussionsprozesses der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst.....	10
2. Kunstprojekt "Übergänge".....	11
2.1. Anlaß und Ziel.....	11
2.2. Aufgabenstellung.....	12
2.3. Zusammenhang von Thema und Verfahren.....	13
2.4. Künstlerischer Beirat/Koordination.....	13
2.5. Beteiligung der Öffentlichkeit.....	14
2.5.1. Diskussionsrunden mit Initiativen.....	14
2.5.2. Ausstellungen.....	14
2.5.3. Erste Tagung zum Thema "Übergänge".....	15
2.5.4. Workshop mit den Künstler-Teilnehmern der zweiten Stufe.....	17
2.5.5. Zweite Tagung.....	17
2.6. Anonymität/Teilnehmer.....	18
2.7. Zusammensetzung des Preisgerichts.....	19
2.8. Wettbewerbsunterlagen.....	19
2.9. Abgabe und Vorprüfung.....	20
2.10. Juryentscheidung.....	20
3. Verfahren/ Erste allgemeine Ausschrei- bung 1. Stufe - Entwurf.....	21
3.1. Auslober/Künstlerischer Beirat/ Koordination.....	21

3.2.	Art des Wettbewerbs.....	21
3.3.	Grundsätze und Richtlinien.....	22
3.4.	Teilnahmeberechtigung und Zulassungsbereich.....	23
3.5.	Preisgericht und Vorprüfung.....	23
3.6.	Ausgabe der Wettbewerbsunterlagen.....	24
3.7.	Einlieferung der Arbeiten.....	24
3.8.	Rückfragen und Rückfragencolloquium.....	25
3.9.	Verzeichnis der Wettbewerbsunterlagen.....	25
3.10.	Geforderte Leistungen für die 1. Stufe.....	25
3.11.	Beurteilungsverfahren.....	26
3.12.	Bearbeitungshonorare.....	26
3.13.	Weitere Bearbeitung.....	27
3.14.	Eigentum und Urheberrecht.....	28
3.15.	Erklärung der Teilnehmer.....	28
3.16.	Haftung.....	28
3.17.	Bekanntgabe des Ergebnisses.....	29
3.18.	Ausstellung der Wettbewerbsarbeiten.....	29
3.19.	Zusammenfassung der Termine.....	29
4.	Standorte.....	30
4.1.	Zur Geschichte der Teilung und des Mauerbaus.....	30
4.2.	Die Situation kurz vor dem Bau der Mauer..	32
4.3.	Veränderung der "Übergänge" im politischen Wandel.....	33
4.4.	Bedeutung der Übergänge nach dem 9. November 1989.....	35
4.5.	Aktuelle Bedeutung der ehemaligen innerstädtischen Grenzübergänge.....	36
4.6.	Wettbewerbsstandorte.....	36
5.	Vorschläge für das weitere Vorgehen.....	38
5.1.	Einstufiger Berlin-offener Wettbewerb für alle Standorte.....	39
5.2.	Einstufiger Wettbewerb für einen Übergang.....	40
6.	Fotodokumentation.....	43
6.1.	Bornholmerstraße.....	43
6.2.	Chausseestraße.....	46

INHALT

SEITE

6.3.	Invalidenstraße.....	48
6.4.	Friedrichstraße/Zimmerstraße.....	51
6.5.	Heinrich-Heine-Straße/Prinzenstraße.....	54
6.6.	Oberbaumbrücke.....	57
6.7.	Sonnenallee.....	61
6.8.	Bahnhof Friedrichstraße.....	63
	Anmerkungen.....	67

Impressum

Neue Gesellschaft für Bildende Kunst
Oranienstraße 25
1000 Berlin 36
Telefon: 030/615 4709 Fax: 030/615 2290

Präsidium

Rainer Höynck, Bianca Bon, Dr. Hilde Schraum

Geschäftsführung

Leonie Baumann

Geschäftsstelle

Lieselotte Falk, Gisela GROSS-YAVUZ, Dirk König,
Matthias Reichelt, Hartmut Reith, Maria Wegner

Berlin, Dezember 1992

KUNSTWETTBEWERB OBERGÄNGE

- Zusammenfassung des bisherigen Diskussionsprozesses, Darstellung des aktuellen Stands der Überlegungen und Vorschläge für das weitere Vorgehen -

Das Ende ist der
Anfang jedes Endes.
(Kurt Schwitters)

Vorbemerkung

Seit April dieses Jahres hat eine Arbeitsgruppe der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst in Abstimmung mit dem Referat Kunst im Stadtraum der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen Vorschläge für ein Berlin-offenes, zweistufiges Wettbewerbsverfahren erarbeitet, dessen Ziel die Ermittlung künstlerischer Ideen ist, die - realisiert - die Erinnerung an die ehemaligen innerstädtischen Grenzübergänge zwischen dem Ost- und Westteil Berlins ermöglichen.

Um für alle Standorte mit unter Umständen übergreifenden Ideen und Konzepten zum gesamten innerstädtischen Grenzverlauf Kunstideen zu finden, wird vorgeschlagen, in einem Wettbewerbsverfahren alle Standorte parallel als Wettbewerbsaufgabe bearbeiten zu lassen.

Der im August dieses Jahres von der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst dafür eingereichte Kostenplan ist angesichts der Vielzahl von Wettbewerbsstandorten und der Vielschichtigkeit des Verfahrens angemessen kalkuliert und von der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen bzgl. der Größenordnung des Volumens grundsätzlich akzep-

tiert worden, im einzelnen jedoch nicht abschließend verhandelt.

Trotz intensiver Bemühungen und politischer Unterstützung des Gesamtvorhabens seitens des Senators für Bau- und Wohnungswesen und der zuständigen Stellen in seinem Hause ist es nicht gelungen, die erforderlichen Mittel für eine Anfinanzierung des Vorhabens 1992 zu erreichen. Angesichts der finanziellen Haushaltssituation des Landes Berlin ist zu vermuten, daß die gegenwärtigen Probleme der finanziellen Absicherung des Wettbewerbs und der anschließenden Realisierung seiner Ergebnisse auch in naher Zukunft weiterhin bestehen werden. So kann ein Zeitpunkt, zu dem eine Finanzierung in dem von der NGBK vorgeschlagenen Gesamtrahmen gesichert werden könnte zur Zeit nicht angegeben werden.

Da der Vereinigungsprozeß des Landes Berlin jedoch unaufhaltsam voranschreitet und damit auch die Veränderung der Stadtgestalt, ist eine weitere Verzögerung nicht vertretbar. Bereits in den letzten drei Jahren nach der Öffnung der Mauer hat sich die stadträumliche Situation im Bereich der ehemaligen innerstädtischen Grenzübergänge stark verändert.

Das vorliegende Gutachten ist daher ein Zwischenbericht in Bezug auf den bisherigen Diskussionsprozeß, ein Abschlußbericht soweit offiziell die Einschätzung geteilt wird, daß eine Realisierung im bisher vorgeschlagenen Rahmen nicht durchführbar sein wird und beinhaltet darüberhinaus Vorschläge für weitere Vorgehensweisen, angesichts des vorhandenen Handlungsbedarfs.

Die Vorschläge gehen davon aus, mit geringerem Finanzansatz entweder provisorisch und kurzfristig an allen oder exemplarisch an besonders ausgewählten Standorten künstlerische Ideen zu entwickeln. Die Neue Gesellschaft für Bildende Kunst hat aus ihrem Selbstverständnis heraus großes Interesse an der Koordinierung des im folgenden näher ausgeführten umfassenden Wettbewerbs-Verfahrens. Sollte es in dieser Form nicht finanzier- und somit nicht realisierbar sein, steht die Neue Gesellschaft für Bildende Kunst für die Koordination eines Verfahrens in kleinerem Rahmen nicht zur Verfügung, wäre

aber an der Mitarbeit im Preisgericht interessiert.

1. Bisheriger Diskussionsprozeß zum Thema Übergänge

1.1. Überlegungen im Beratungsausschuß Kunst nach Öffnung der innerdeutschen Grenze

Die Mitglieder des Beratungsausschusses Kunst im Hause der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen begannen bereits kurz nach Öffnung der Grenze angeregt durch eine Diskussion mit dem Bau-Senator darüber nachzudenken, wie Berlin "kulturpolitisch und baupolitisch auf die Wiedervereinigung" reagieren könne. 1)

Nicht nur die politischen Veränderungen in Deutschland und Berlin, sondern auch die nach der Wende dem Land Berlin von zahlreichen deutschen und internationalen Künstlern unterbreiteten künstlerischen Angebote, die sich zur Vereinigung aber auch zur Rolle Berlins als Hauptstadt und zukünftigem Mittelpunkt Europas äußerten, machten die Präzisierung eigener Kriterien und Vorstellungen notwendig.

Bis zu dem Zeitpunkt, zu dem der Beratungsausschuß Kunst um Vertreterinnen und Vertreter aus dem Ostteil der Stadt erweitert wurde, entwickelte das Gremium mehrere Kriterien, die die Mitglieder allerdings solange als vorläufig verstanden wissen wollten, bis sie in der ausstehenden Diskussion mit Fachleuten aus Ost-Berlin überprüft werden konnten.

Das Protokoll der Sitzung vom 10. April 1991 faßt hierzu folgende Diskussionsergebnisse zusammen:

" - es besteht Übereinstimmung, daß es nicht vordergründig um die Errichtung eines Denkmals gehen soll,

- angesichts der in allen Lebensbereichen wachsenden Probleme seit Öffnung der Mauer muß der Verdacht des 'Feierns' vermieden werden,

- alle Überlegungen zum Thema Wiedervereinigung und Entstehung Europas müssen im Zusammenhang mit der Verpflichtung zur Aufarbeitung unserer Vergangenheit gesehen werden,

- statt der Errichtung eines Denkmals sollen die Bemühungen dahin gehen, den Prozeß des Nachdenkens und des Dialogs zwischen Ost und West zu verstärken,

- durch die finanzielle Unterstützung möglichst vieler einzelner Projekte kann die kulturelle Atmosphäre der Stadt als Metropole verbessert werden,

- im Rahmen von Wettbewerben kann Künstlern Impulse gegeben werden, auf die politischen Ereignisse künstlerisch zu reagieren,

- denkbar wäre die Markierung bzw. Freihaltung des Mauerstreifens für vielfältige künstlerische Aktivitäten."

Die rasanten Veränderungen seit der Maueröffnung ließen vermuten, daß ein kurz nach dem 9. November in der ersten Euphorie und Aufbruchstimmung errichtetes Denkmal bereits kurze Zeit nach seiner Errichtung veraltet und den aktuellen Erfahrungen und Stimmungen entsprechend nicht mehr adäquat erschienen wäre.

Der Beratungsausschuß Kunst riet daher zur Vorsicht und Behutsamkeit im Umgang mit dem Thema.

1.2. Personelle Erweiterung des Beratungsausschusses - erste konzeptionelle Festlegungen

Mit der im Mai 1991 erfolgten Erweiterung des Beratungsausschusses Kunst um Fachvertreter aus dem Ostteil der Stadt erreichte die Diskussion erstmals eine dem Thema angemessene Dichte, da der Austausch von unterschiedlichen Erfahrungen, Beobachtungen und Wertungen aus Ost- und Westsicht erst zur erforderlichen Qualität der Überlegungen und zur weiteren Präzisierung der Idee beitrug.

Die aus der Diskussion folgenden Empfehlungen lauteten:

- nicht den gesamten Mauerstreifen als Standort für eine künstlerische Auseinandersetzung vorsehen, sondern Schwerpunktsetzung auf die ehemaligen Übergänge zwischen Ost und West;

- da diese Orte ein Zusammengehen symbolisieren - mit Stadttoren vergleichbar - sind sie in besonderer Weise zur künstlerischen Bearbeitung geeignet. 2)

Aus dem Gutachten, das in Folge der Beratungen von Wolfgang Kil im Auftrage der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen erstellt wurde und das eine Zusammenfassung und Weiterführung des bis dahin stattgefundenen Diskussionsprozesses war, seien im folgenden die für den weiteren Verlauf wichtigsten Grundlagen zitiert. 3)

1.2.1. Probleme einer einheitlichen Sichtweise

Berlin sei, so führt Wolfgang Kil in seinem Gutachten aus, als politische Konstruktion das zuge-spitzte Abbild des Ost-West-Konfliktes und daher Jahrzehnte lang ein Ort symbolhafter Handlungen gewesen. Als Illustration für seine Aussage erinnert er an den unterschiedlichen Umgang mit dem "Bauwerk 'Mauer' (...), das nicht zufällig zwei 'Ansichten' bot, eine zum 'längsten Kunstwerk der Welt' verharmloste, bemalte Seite und eine bedrohliche Barriere in einförmigem Weiß und Grau." 4)

Die Mauer als hinderlicher Gegenstand aus West-Sicht oder unübersehbare Grenze aus Ost-Sicht habe die Menschen geprägt, die so unterschiedliche Lebenserfahrungen entwickelt hätten, daß "der Vorsatz, auf die Überwindung der deutschen Teilung mit künstlerischen Mitteln zu reagieren, bereits von der Definition der Aufgabenstellung her zum Problem (werde): Gibt es eine Sicht auf die jüngsten historischen Ereignisse und deren Vorgeschichte, die von der Bewohnern beider Stadthälften vorbehaltlos geteilt werden kann?" 5)

Eine vorschnelle Antwort, so Wolfgang Kil, gäbe es nicht, aber aus seinen Ausführungen sei ableitbar, daß jede Einseitigkeit vermieden werden müßte.

1.2.2. Zum Arbeitstitel Übergänge

Der Titel Übergänge, so faßt Wolfgang Kil zusammen, ließe mehrere Assoziations- und Deutungsebenen zu:

- als historisch-konkrete Orte, die den Mauerverlauf markierten und mit dem Besucherverkehr eine Verbindung zwischen den Stadthälften herstellten;
- als Hinweis auf die historische gesellschaftspolitische Veränderung in Ost und West sowohl in der Erinnerung an die Vergangenheit als auch im Nachdenken über die Zukunft. 6)

In seinem Gutachten führt Wolfgang Kil folgende Übergänge auf:

Sonnenallee, Oberbaumbrücke, Invalidenstraße, Bornholmer Brücke, Prinzen-/Heinrich-Heine-Straße, Friedrich-/Zimmerstraße und Chausseestraße, sowie den Standort Bernauer Straße mit dem Hinweis auf die Bestrebungen des Deutschen Historischen Museums, dort eine "Gedenkstätte Berliner Mauer" zu errichten.

Darüberhinaus schlägt er alternativ die U- und S-Bahnen als mögliche Standort-Linien vor und den Bahnhof Friedrichstraße, der allerdings auf Grund seiner komplexen verkehrstechnischen Funktionen und Übergangssituationen eine Sonderstellung einnehme.

1.2.3. Ideenwettbewerb

Die Überlegungen Wolfgang Kils mündeten in dem Vorschlag, einen Ideenwettbewerb auszuschreiben, der

- Berlin-offen sein sollte,
- sieben Übergänge als Standorte vorsehe und
- "den Prozeß der (historischen) Aneignung alltäglicher Stadträume für Künstler wie Passanten in den Mittelpunkt" stellen solle. 7)

1.3. Empfehlung des Beratungsausschusses Kunst

Alles in allem hatte Wolfgang Kil in diesem Gutachten nicht nur die bis dahin erzielten Ergeb-

nisse zusammengefaßt, sondern auch Maßstäbe für das weitere Vorgehen gesetzt.

Der Beratungsausschuß empfahl daher, auf der Grundlage des Gutachtens, einen offenen, mehrstufigen Wettbewerb vorzubereiten.

Eine eingesetzte Unterkommission entwickelte in Zusammenarbeit mit einem Architekturbüro erste Überlegungen in dieser Richtung.

Im Frühjahr 1992 wurde der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst (NGBK) von seiten der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen angeboten, das Projekt "Übergänge" auf der Grundlage der bis dahin erarbeiteten Grundlagen zu koordinieren. Der Beratungsausschuß Kunst unterstützte dieses Angebot Mitte Mai 1992 mit einer entsprechenden Empfehlung.

1.4. Ergebnisse des Diskussionsprozesses in der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst

In der NGBK konstituierte sich eine Arbeitsgruppe, die diese erzielten Ergebnisse weiterentwickelte und daraus die unten aufgeführten Konkretisierungen zu Inhalt und Verfahren entwickelte. (s. hierzu 2. und 3.).

Ein von der NGBK im August 1992 bei der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen eingereichte Angebot umfaßte die Koordination des gesamten Verfahrens und einen Finanzplan für das Wettbewerb bis zur abschließenden Empfehlung der Jury. Die Dauer des Verfahrens wurde mit ca. einem Jahr Laufzeit kalkuliert.

Leider konnte bisher trotz intensiver politischer Bemühungen der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen eine Anfinanzierung für das von der NGBK vorgeschlagene Verfahren nicht bereitgestellt werden. Daher werden hiermit ein umfassender Zwischenbericht, eine detaillierte Vorstellung des entworfenen Verfahrens und Vorschläge vorgelegt, wie eventuell in kleinerem Rahmen das Thema weiter bearbeitet werden kann.

2. Kunstprojekt "Übergänge"

2.1. Anlaß und Ziel

Als am 9. November 1989 die Grenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland geöffnet wurde, war eine große Freude und Euphorie bei allen Menschen spürbar.

Die sich in der Folgezeit vollziehenden weltweiten politischen Umwälzungen, die Auflösung der sozialistischen Staaten, die daraus folgende Veränderung des Mächteverhältnisses zu Gunsten der Westmächte vollzog sich für die Berliner spürbar in ihrer unmittelbaren Umgebung, in ihrer Stadt. Die Aufhebung der innerstädtischen Grenze und der daran anschließende Prozeß der Vereinigung hatte Symbolcharakter für die Entwicklungen im Weltmaßstab.

In dem Maße, wie Träume, Hoffnungen und Wünsche nicht wie erhofft in Erfüllung gingen, wurde der Vereinigungsprozeß der Stadt problembeladener.

In keiner anderen westdeutschen und ostdeutschen Stadt läuft der Vereinigungsprozeß so unmittelbar ab, wie in Berlin, wo die beiden Stadthälften zu einem Ganzen zusammengefügt werden.

Konkurrenzverhalten und Neid, Enttäuschung und Resignation prägen zunehmend das Zusammenwachsen.

Geographisch und stadtplanerisch gelang es vergleichsweise schnell, die Straßenverbindungen wieder herzustellen und die Querverbindungen des öffentlichen Nahverkehrssystems den Mindestanforderungen nach Beförderung von Ost nach West und retour anzupassen.

Die Zusammenführung in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen vollzieht sich demgegenüber vergleichsweise schmerzhaft - vor allem für Berliner aus dem Ostteil der Stadt. Die Abwicklung von kulturellen und sozialen Einrichtungen, die unsichere Perspektive im Falle eines Zusammenfügens zweier Einrichtungen und das Schließen zahlreicher Unternehmen haben Probleme mit sich gebracht, deren Bewältigung nicht absehbar ist. Die Ungleichbehandlung ist im Alltag vorprogrammiert: Lohnunter-

schiede, unterschiedliche Tarife, Vertragsunsicherheiten usw.

Die in der Vergangenheit unterschiedlich entwickelten Arbeits- und Lebensgewohnheiten, Denkweisen und zwischenmenschlichen Beziehungen verstärken die Unsicherheit im Osten, mit Strukturen, Strategien und Verhaltensmustern umzugehen, die niemand im Westen lernen muß, weil er in ihnen aufgewachsen ist.

Die Mauer in den Köpfen von Ost- und Westbürgern gehört noch lange nicht der Vergangenheit an und die Perspektive eines gesellschaftlichen Zusammenlebens auf der Basis der Gleichberechtigung ist für die in Berlin lebenden Menschen nicht in greifbarer Nähe.

Die Beschäftigung mit den ehemaligen innerstädtischen Grenzübergängen im Rahmen eines Kunstwettbewerbs erhält in diesem widersprüchlichen Prozeß der Vereinigung in mehrfacher Hinsicht symbolischen und exemplarischen Charakter:

- Übergang im real überschreitenden Sinn
- Übergang zu anderen Alltags- und Lebenserfahrungen
- Übergang von einem Gesellschaftssystem zum anderen
- Erwartungshaltungen und Wünsche im Übergang
- die jetzige gesellschaftliche Situation - wieder ein Übergang?

2.2. Aufgabenstellung

Im künstlerischen Umgang mit diesen Assoziationen und Hintergründen, die aus dem gesellschaftlichen Veränderungsprozeß und der geographischen Gegebenheit ableitbar sind, soll Aufmerksamkeit auf die Geschichte des Standortes gelenkt werden.

Im Gegensatz zum Mauerverlauf, mit dessen Markierung an eine nicht mehr vorhandene Grenze zwischen Ost und West an ein zurückliegendes Ereignis erinnern würde, dauert das Erleben der Übergänge fort.

Erwartet werden von den Teilnehmern Ideen und konzeptionelle Beiträge, die sich mit dem Thema "Übergang" in seiner angedeuteten Vielschichtigkeit

keit auseinandersetzen und in Form von Markierungen oder Andeutungen an das ehemalige Vorhandensein eines Übergangs, an die Geschichte des Ortes im Stadtbild real erinnern. Konzeptionelle Ausweitungen auf den ehemaligen Mauerverlauf müssen inhaltlich besonders begründet werden.

Prozeßhafte und temporäre Beiträge sind möglich.

2.3. Zusammenhang von Thema und Verfahren

Ein Kunstwettbewerb zum Thema "Übergänge" wird sich zwangsläufig mit der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der geschichtlichen Zusammenhänge der Übergänge und der Vereinigung auseinandersetzen. Das dafür zu wählende Verfahren sollte die größtmögliche Transparenz, Öffentlichkeit und Bürgerbeteiligung gewährleisten. Ausstellungen, Hearings und ein Künstler-Workshop könnten sowohl ein kooperatives Verfahren der teilnehmenden Künstler gewährleisten, als auch die Einbeziehung einer interessierten Öffentlichkeit.

Eine 2-stufiger, Berlin-offener kooperativer Kunstwettbewerb wäre die geeignete Verfahrensform für die genannten Vorstellungen.

2.4. Künstlerischer Beirat/Koordination

Da eine relativ große Teilnehmerzahl an Künstlerbeiträgen zu erwarten ist (ca. 500 - 600) wird ein künstlerischer Beirat, der sich aus Mitgliedern der Arbeitsgruppe der NGBK interdisziplinär zusammensetzt, eine für das Preisgericht beratende und empfehlende Funktion einnehmen, indem der Beirat in Zusammenarbeit mit der Vorprüfung anhand eines Kriterienkataloges eine Auswahlempfehlung für die Beauftragung in der zweiten Stufe ausarbeiten wird. Darüberhinaus hat der Beirat die Aufgabe Arbeitsgruppen, die sich während der Hearings bilden können, zu strukturieren und zu leiten sowie im Rahmen der vorgesehenen Ausstellungen, die eingereichten Arbeiten interessierten Besucherinnen und Besuchern vorzustellen.

Darüberhinaus wird er vermittelnde und beratende Funktionen ausüben bei der Durchführung des Künstler-Workshops, an dem 40 Künstlerinnen und Künstler teilnehmen werden.

Die Gesamtkoordination übernimmt ein mit der Durchführung von Wettbewerbsverfahren in der beschriebenen Form vertraute/r Architekt/in, der das Verfahren in enger Zusammenarbeit mit dem Künstlerischen Beirat betreut.

2.5. Beteiligung der Öffentlichkeit

2.5.1. Diskussionrunden mit Initiativen

In den letzten Jahren hat es zahlreiche Initiativen und Aktionen gegeben, die zum Erhalt beziehungsweise zur Markierung des Mauerstreifens und der Grenzübergänge aktiv wurden. Vor Fertigstellung der Wettbewerbsausschreibung sollten alle bekannten Gruppen - Initiative politische Denkmäler, Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin, Initiative Geschichtsmeile Mauerstreifen, Initiative Mauerpark u.a.m. - eingeladen werden, um ihnen die Wettbewerbsabsicht, das Verfahren und den gegenwärtigen Stand der Vorbereitungsarbeiten mitzuteilen. Darüberhinaus sollten sie die Gelegenheit erhalten zu einer kurzen Selbstdarstellung, die der allgemeinen Ausschreibung beigefügt wird, um über die bisherigen Bemühungen um politische Erinnerungsarbeit und Kennzeichnung im Bereich der ehemaligen Grenze zu informieren.

2.5.2. Ausstellungen

Zwei Wochen bevor die Jury über die zur ersten und zweiten Stufe eingereichten Arbeiten entscheidet, werden alle eingereichten Ideen jeweils im Rahmen einer Ausstellung der Öffentlichkeit vorgestellt. Intensive Einführung und Vorstellung durch die Vorprüfer und Mitglieder des Beirates muß während der gesamten Ausstellungsdauer gewährleistet sein, so daß interessierte Besucher einen möglichst umfassenden und objektiven Überblick über die künstlerischen Arbeiten erhalten können. Reaktionen sind über schriftliche Berichte der Vorprüfer und anhand eines Meinungsbuches festzuhalten und für die Jury zusammenfassend aufzubereiten.

Auch die Geschenkkangebote werden deutlich gekennzeichnet als außer Konkurrenz laufende Ideen während der ersten Ausstellung zur ersten Stufe der Öffentlichkeit vorgestellt.

2.5.3. Erste Tagung zum Thema "Übergänge"

Ziel einer zweitägigen öffentlichen Veranstaltung, die während der Ausstellung der eingereichten Arbeiten in der ersten Stufe und vor der Preisgerichtsentscheidung mit Fachleuten aus den unterschiedlichsten Disziplinen durchgeführt wird, ist die Thematisierung des bisherigen Vereinigungsprozesses, die Ausarbeitung der Bedeutung der Übergänge in ihrer Geschichte und Aktualität und die Entwicklung von Leitlinien für den weiteren Verlauf des Wettbewerbs.

Ansprechpersonen wären Interessierte aus folgenden gesellschaftlichen Bereichen:

Bildende Kunst
 Architektur und Stadtplanung
 Historiker
 Philosophen
 Journalisten
 Politiker
 Vertreter von Bürgerinitiativen

Außer der allgemein interessierten Öffentlichkeit werden die Künstler eingeladen, die teilgenommen haben.

Dem Thema adäquat wäre es, bei der inhaltlichen Planung des Tagungsablaufes darauf zu achten, daß jedes Thema sowohl aus der Sicht eines "Ost"- als auch eines "West"-Vertreters erörtert wird.

Vorschlag für ein Tagungsprogramm und mögliche Referenten:

1. Tag:

9-10 Uhr Einführung:
 Erläuterung von Anlaß und Ziel der Tagung

10-12 Uhr Referate mit Beteiligung der Juroren und anschließender Diskussion:(unter Umständen Bildung

4. Standorte

4.1. Zur Geschichte der Teilung und des Mauerbaus

Einen genauen Anfang für den Beginn der politischen Trennung auszumachen ist insofern schwer, als aus heutiger Sicht sowohl die Nachkriegsentwicklungen, die Zeit des Kalten Krieges und die erfolgte geographische Trennung eng miteinander verbunden sind. Die Teilung ist einerseits eine widersprüchliche Abfolge von Aktion und Reaktion sowie andererseits eine Folge politischer Strategien, die eine Trennung Deutschlands im Streit um die Rechte der Siegermächte und der Rolle Berlins provozierten bzw. in Kauf nahmen.

Ohne an dieser Stelle eine umfassende Darstellung der historischen Entwicklung leisten zu können, seien einige historische Tatsachen und Äußerungen führender Politiker in Erinnerung gerufen.

Am 14. Januar 1959 äußert der Botschafter W. Grewe in Washington:

Neben freien Wahlen ist eine "Wiedervereinigung" Deutschlands nur möglich, wenn Aktionen - ähnlich wie die am 17. Juni 1953 - organisiert werden. 8)

Am 18. Februar 1959 distanzierte sich der amerikanische Präsident Dwight D. Eisenhower von den verantwortungslosen Erklärungen seiner Militärs, daß sie sich mit Truppen und Panzern den Weg nach Westberlin bahnen würden, und am 11. März 1959 räumte er schließlich ein, seine Regierung würde keinen Landkrieg um Westberlin führen. 9)

Am 10. Mai 1959 versammelten sich die Außenminister der USA, Groß Britannien, Frankreich, und der UdSSR in Genf. Zusätzlich waren paritätische Vertreter der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik als Konsultationspartner hinzugezogen worden. Auf dieser Konferenz wurde der sog. "Herterplan" vorgelegt (Westmächte). Dieser Plan ging von der Lösbarkeit der Probleme, die in ihm aufgezählt wurden, aus, setzte jedoch die Vorbedingung "freie Wahlen und Wiedervereinigung Deutschlands". Ein zusätzlicher "Paketplan" vom 14. Mai 1959 schlug zur Lösung des Berlin-Problems auch die Wiedervereinigung Deutschlands vor.

Desweiteren schlug die sowjetische Seite vor, im Rahmen einer Interimslösung eine Gesamtdutsche Kommission einzusetzen und Westberlin als freie Stadt bis zu dem Zeitpunkt zu behandeln, zu dem das vereinigte Deutschland hergestellt sein würde. Sowohl dieser als auch der vorhergehende Vorschlag werden nicht durchgesetzt. Die Außenministerkonferenz wurde abgebrochen.

Am 9. Dezember 1959 ist einem Interview mit John F. Kennedy in der Zeitschrift "Harner" zu entnehmen: "Ich würde sagen, daß die Chancen für eine endgültige Lösung der Berlinfrage äußerst ungewiß sind. Doch denke ich, daß wir einen Modus vivendi erreichen könnten." Begründung war, daß "die Wiedervereinigung Deutschlands, die ein Fernziel darstellt, zweifellos im Verlaufe vieler Jahre unmöglich sei" und deshalb "Teillösungen der Fragen" angestrebt werden müßten.

Die Frankfurter Rundschau vom 14./15. April 1960 schreibt: "Die Außenpolitik Konrad Adenauers beruht auf der Vorstellung und der Annahme, daß es keine Verständigung zwischen West und Ost (...) geben kann und geben darf. Sie bestreitet die Möglichkeit sinnvoller Verhandlungen mit der Sowjetunion, sie sieht darin schon im Grunde eine Kapitulation vor dem Osten."

Zur Fortsetzung des Gipfeltreffens in Genf wurde eine Viererkonferenz für den 16. Mai 1960 einberufen. Vor dieser Konferenz erklärte Adenauer, es sei "doch Selbstmord, wenn man auf der Viererkonferenz mit dem anfängt, was der Russe schon abgelehnt hat. Dann würde man immer weiter herunterfallen, bis der Russe Berlin hat, und dann ist es verloren." 10)

Die außenpolitischen Ereignisse beschleunigen die folgenden Entwicklungen. So wurde am 1. Mai 1960 ein Flugzeug vom Typ Lockheed U2 über der Sowjetunion abgeschossen. Konrad Adenauer: "Ich weiß, daß ...die Amerikaner das über Rußland tun, Gott sei Dank." 11)

Die aktuelle Situation wurde äußerst schwierig und es wurde für den 16. Mai 1960 in Paris ein vorbereitendes und zugleich einziges Gespräch der Regierungschefs der Vier Mächte einberufen. Weitere Verhandlungen wurden verschoben.

Ab diesem Zeitpunkt wurde der "Kalte Krieg" wieder verschärft. Mit schroffer Ablehnung wurde auf das

Treffen USA/UdSSR in Wien am 3./4. Juni 1961 in den Kommentaren reagiert.

Politische "Übergänge" zur Lösung der deutschen Probleme waren nicht sichtbar. Denkbare "Übergänge" wurden nicht beschritten.

4.2. Die Situation kurz vor dem Bau der Mauer

Anhand der politischen Entwicklung, die mit einigen Daten im folgenden beispielhaft dargestellt wird, liegt die Vermutung nahe, daß weniger nach Lösungen zu einer friedlichen Zusammenführung der beiden deutschen Staaten gesucht, sondern die Strategien eher eine aggressive Beseitigung der deutsch-deutschen Situation gedacht wurde:

Die Bundeswehr hatte 1959 200.000 Mann. 1961 wuchs die Zahl auf 390.000 Mann an.

1957 waren die Instrukteure der Luftwaffe zu 75% Amerikaner; 1961 bereits völlig durch Deutsche ersetzt.

1959 hatte die West-Europäische-Union (WEU) das Verbot der Produktion von Panzerabwehrraketen und Luftabwehrraketen aufgehoben.

1961 besaß die Bundeswehr bereits Raketen vom Typ "Sergant", "Honest John", "Matador", "Nike", "Herkules".

Die BRD war 1956 mit 17 Personen in der NATO vertreten, 1961 bereits mit 1200.

Am 10. Juli 1961 forderte der Berater Adenauers, Ingrim, in der Bonner Rundschau, daß die Bevölkerung der DDR "den innere Widerstand verstärken" sollte und zwar in Form von "Sabotage" und "Revolution".

In einer Erklärung des CDU/CSU Vorstands vom 7. Juli 1961 wurde "die Befreiung" der DDR zum offiziellen Ziel verkündet. 12)

Eine entsprechende Informationspolitik, die vergleichbare Zuspitzungen in der politischen und militärischen Entwicklung der DDR aufzeigt, ist anhand der vorliegenden offiziellen Verlautbarungen nicht nachzuvollziehen. Hierzu wäre eine aktuelle Recherche notwendig. Zahlreichen Pressemeldungen des "Neuen Deutschland" ist zu entnehmen, daß die oben geschilderten Maßnahmen des Westens in der

DDR zu der Einschätzung der Bedrohung und des sogenannten "roll-backs" führten.

Vom 3. bis 5. August 1961 wurde in Moskau eine Konferenz mit Beteiligung der Parteispitzen und Staatschefs des Warschauer Paktes durchgeführt, die zum Ergebnis den Bau der Mauer am 13. August 1961 hatte.

4.3. Veränderung der "Übergänge" im politischen Wandel

Bis 1961 war die Grenze zwischen Berlin (West) und Berlin (Ost) faktisch offen. Im Gegensatz zum sog. Außenring standen 76 Straßenübergänge sowie 5 S-Bahn- und 4 U-Bahn-Strecken offen. Die "Sektorengrenze" wurde täglich, wie vielen Zeitungsberichten der damaligen Zeit zu entnehmen ist, 500.000 mal überschritten und es gab nur stichprobeweise Kontrollen. 13)

Der Bau der Mauer war hier ein tiefer Einschnitt. Nur 14 Übergänge blieben - unter geänderten Verhältnissen - geöffnet:

1. Bornholmer Straße
2. Chausseestraße
3. Invalidenstraße
4. Friedrichstraße/Zimmerstraße
5. Heinrich-Heine-Straße
6. Oberbaumbrücke
7. Sonnenallee
8. Rudower Chaussee/Waltersdorfer Chaussee
9. Neu Babelsberg
10. Kohlhasenbrück
11. Glienicker Brücke
12. Staaken
- 13./14. Griebnitzsee/Nedlitz (Wasserstraße/Bahn)

Ein Grenzübergang (Friedrichstr./Zimmerstr.) war für Militärangehörige (4 Mächte), alle Ausländer und Diplomaten vorbehalten.

Zwei Übergänge (Bornholmer Straße und Heinrich-Heine-Straße) waren für BRD-Bürger eingerichtet.

Vier Übergänge (Chausseestraße, Invalidenstraße, Oberbaumbrücke und Sonnenallee) konnten nur Bürger von Berlin-West nutzen.

Der Grenzübergang Friedrichstraße/S- und U-Bahn stand von Anfang an zur Verfügung. Alle Personenkreise konnten diesen Übergang entsprechend der geltenden Bestimmungen in Anspruch nehmen.

Ab 23. August 61 wurde der Übergang für Berlin-West nur mit besonderen Aufenthaltsgenehmigungen gestattet. Dazu wurden am 26. August 1961 auf Reichsbahngelände besondere Ausgabeschalter geschaffen. (Zoo und Westkreuz). Diese wurden kurze Zeit später durch Betreiben der Westberliner Behörden mit Zustimmung der Westalliierten wieder geschlossen.

Nach dem 13. August 1961 konnten Bürger der DDR, darin eingeschlossen Bewohner von Berlin (Ost) Westberlin nur noch mit besonderer Genehmigung oder einer besonderen Bescheinigung besuchen. 14) Ab 1965 war es Rentnern generell gestattet, nach vorheriger Beantragung, von Ost nach West zu fahren.

Zunächst waren es vor allem BRD-Bürger, die mit "Tagesaufenthaltsgenehmigungen" nach Berlin (Ost) gefahren sind. Ferner Ausländer und Westberliner in dringenden Familienangelegenheiten. Alles in allem waren es von 1965 bis 1970 420.000 Besucher.

Bis auf diese Möglichkeiten war allgemein betrachtet jedoch ein Übergang von West nach Ost sehr erschwert und von Ost nach West nur in Ausnahmesituationen möglich bis zum 4-Mächteabkommen und dem Abschluß eines entsprechenden Abkommens zwischen der DDR und dem Senat von Berlin (West).

Der sogenannte Außenring hatte 7 Übergänge, für deren Passiermöglichkeiten vergleichbare Bedingungen wie für die innerstädtischen galten. Erst im Rahmen des Vier-Mächte Abkommens wurden im Außenring zusätzliche Übergänge eingerichtet und Erleichterungen beim Durchqueren der DDR mit dem Transit-Abkommen geschaffen, auf das in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen wird.

Der Bau der Mauer sowie die Einrichtung der Übergänge hatte die Westalliierten weitestgehend überrascht und infolgedessen riefen die Ereignisse unterschiedliche Reaktionen hervor.

Der britische Premier Mac Millan war am 13.8.61 auf der Jagd. De Gaulle und Kennedy befanden sich ebenfalls auf einer Freizeittour, die sie noch nicht einmal unterbrochen haben. 15)

Als der Diplomat Rusk den amerikanischen Präsidenten Kennedy anrief und mitteilte, daß die Maßnah-

men der DDR "nicht die Interessen der USA berühren", stimmte Kennedy dem zu und bestieg seine Yacht. 16)

Die Geschichte der Übergänge (Umgänge - Untergänge? ...) begann und erst 1971 wurden mit dem vierseitigen Abkommen Reise- und Besuchserleichterungen, z.B. in Familienangelegenheiten, der Vereinfachung von Antragsverfahren und Familienzusammenführung, eingeleitet.

4.4. Bedeutung der Übergänge nach dem 9. November 1989

Als die ersten Informationen bekannt wurden, daß in der Nacht vom 8. zum 9. November 1989 die Bevölkerung der DDR Reisemöglichkeiten in den Westen erhalten sollten, drängten sich an den innerstädtischen Grenzübergängen bereits Stunden vor Mitternacht die Menschenmassen. Die erste Begegnung ohne Kontrollen fand an diesen Übergängen statt, an denen die zuständigen Grenzer angesichts der Massen jede Form der Kontrolle aufgaben.

In den wenigen Monaten der folgenden Übergangszeit wurde von seiten der DDR immer wieder versucht, strengere Kontrollen zur Verhinderung der Einfuhr unerwünschter Waren durchzusetzen, allerdings blieben diese Versuche ohne jeden Erfolg, so daß bald jede Kontrollmaßnahme eingestellt wurde.

Die Bevölkerung von Ost- und West-Berlin vollzog die Vereinigung, die keine Kontrolle, keine Grenze und keine politische Verordnung mehr rückgängig machen konnte.

Noch in den Wintermonaten 1989/90 wurden zu den bestehenden zahlreiche neue Übergänge im Verlauf der Mauer geschaffen. Mit wachsender Anzahl der Übergangsmöglichkeiten, die an allen Stellen des Grenzverlaufs mit halbwegs intaktgebliebenen Straßenverbindungen entstanden, verloren alle alten Übergänge verkehrstechnisch und verbindungsmäßig an Gewicht.

Alle zusätzlichen Löcher im Mauerverlauf nach 1989 kennzeichnen und vollziehen den Prozeß, dessen Ende die vollständige Auflösung der Mauer war.

So schnell die geographische Vereinigung auch vor sich ging, Straßenumbauarbeiten vollendet und -um-

benennungen vorgenommen wurden, so zögernd vollzog sich das Zusammenwachsen im Alltag. Die ehemaligen Grenzübergangsstellen kanalisiert lange Zeit trotz größtmöglicher Durchlässigkeit der zum Schluß nicht mehr vorhandenen Grenze - aus Gewohnheit, aus Ortskenntnis und Erfahrung - die Verkehrsströme von Ost nach West und umgekehrt.

4.5. Aktuelle Bedeutung der ehemaligen innerstädtischen Übergänge

Faktisch sind alle innerstädtischen Grenzübergänge, über die eine Verbindung von Ost nach West, vom Kapitalismus zum Sozialismus, von menschlichen familiären Beziehungen usw. hergestellt wurde, nicht mehr vorhanden.

Keiner der Übergänge sieht heute noch so aus wie vor dem 9. November 1989. Die Kontrollhäuser und Grenzsicherungsanlagen sind verschwunden, die Straßenführung und die stadträumliche Umgebung verändert sich täglich.

Bereits heute ist es für Ortsunkundige leicht möglich, die neuralgischen Punkte zu passieren, ohne es zu bemerken.

Im Rahmen dieser Arbeit war es nicht möglich, die planungs- und eigentumsrechtlichen Fragen und Spezifika der einzelnen Übergänge zu recherchieren. Allgemein ist jedoch feststellbar, daß sich in naher und ferner Zukunft die stadträumliche Situation vor allem durch Bebauung (z.B. Friedrich-/Zimmerstraße), veränderte Verkehrsführung (z.B. Streit um die verkehrsmäßige Öffnung der Oberbaumbrücke) usw. sehr verändern wird.

Sind erst einmal die zur Zeit vor allem im innerstädtischen Bereich nach Beseitigung der Grenzanlagen merkwürdig erscheinenden Brachflächen optisch durch Baumassen beseitigt, wird es im Stadtbild keine Erinnerung an die Übergänge, die symbolhaft 28 Jahre die Lebenserfahrungen der Menschen und die Politik von Berlin geprägt haben, mehr geben.

4.6. Wettbewerbsstandorte

Im Rahmen des Kunstwettbewerbs "Übergänge" werden 8 Standorte zur Bearbeitung in das Verfahren ein-

bezogen,, die im folgenden in ihrer geographischen Reihenfolge von Nord nach Süd genannt werden:

1. Bornholmer Straße

Übergang: BRD-Bürger

angrenzende Bezirke: Prenzlauer Berg und Wedding

2. Chausseestraße

Übergang: Bürger Berlin (West)

angrenzende Bezirke: Mitte und Wedding

3. Invalidenstraße

Übergang: Bürger Berlin (West)

angrenzende Bezirke: Mitte und Tiergarten

4. Friedrichstraße/Zimmerstraße

Übergang: Militärangehörige der vier Mächte, Ausländer und Diplomaten

angrenzende Bezirke: Mitte und Kreuzberg

5. Heinrich-Heine-Straße/Prinzenstraße

Übergang: BRD-Bürger

angrenzende Bezirke: Mitte und Kreuzberg

6. Oberbaumbrücke

Übergang: Bürger Berlin (West)/Fußgänger

angrenzende Bezirke: Friedrichshain und Kreuzberg

7. Sonnenallee

Übergang: Bürger Berlin (West)

angrenzende Bezirke: Treptow und Neuköln

8. S-/U- und Fern-Bahnhof Friedrichstraße

Übergang: alle genannten Personenkreise

Lage: Bezirk Mitte

Allen gemeinsam ist die innerstädtische Situation im Gegensatz zu den Übergängen des sogenannten Außenrings.

Bei allen im Rahmen des Wettbewerbs vorgeschlagenen Standorten ist bei der künstlerischen Ideenfindung zu berücksichtigen, daß stadträumliche Veränderungen durch Bau- und Verkehrsplanungen weiter voranschreiten werden.

Obwohl in dem Gutachten von Wolfgang Kil auf die Schwierigkeit hingewiesen worden war, den Bahnhof Friedrichstraße als Standort in das Verfahren ein-

zubeziehen, sollte er doch mit zur Bearbeitung zur Verfügung stehen. Vielleicht können im Rahmen des Wettbewerbs Ideen gefunden werden, wie langfristig an die komplizierte Übergangssituation im Bahnhof Friedrichstraße erinnert werden kann. Zudem war er der einzige Übergang, der für alle Personenkreise nutzbar war, während die im innerstädtischen Grenzverlauf sich befindlichen jeweils nur genau definierten Gruppen zur Verfügung standen.

5. Vorschläge für das weitere Vorgehen

Sollte es in absehbarer Zeit nicht gelingen, die Finanzierung des zuvor beschriebenen Kunstwettbewerbs "Übergänge" abzusichern, wäre es überlegenswert, über Verfahrensvarianten nachzudenken, die sich mit dem Thema Übergänge auseinandersetzen, aber schneller umgesetzt und mit geringerem Finanzvolumen kalkuliert werden können. Allerdings müssen dann Abstriche bezüglich der Vielschichtigkeit des Verfahrens in Kauf genommen werden. Allzulange sollte nicht mehr mit einer Ausschreibung gewartet werden, da sich nicht nur die stadträumliche Situation verändert, sondern auch die Erinnerung verblaßt.

Da viele Künstler bereits über Pressemeldungen auf den beabsichtigten Wettbewerb "Übergänge" aufmerksam geworden sind, ist anzunehmen, daß sich einige bereits gedanklich mit dem Thema beschäftigen. Es ist also Handlungsbedarf in mehrfacher Sicht geboten. Alternative Verfahrensvorschläge sollten kurzfristiger umzusetzen sein und entweder provisorische Lösungen für alle Standorte oder exemplarisch für einen Standort künstlerische Ideen entwickeln. Für beide Varianten werden nachfolgend Vorschläge genannt.

Beiden Alternativen ist gemeinsam, daß eine Beteiligungsmöglichkeit für alle Berliner Bildenden Künstler vorausgesetzt wird. Bei der Behandlung des Themas "Übergänge" ist die Auslobung eines Engeren Wettbewerbs ausgeschlossen.